

GEHT WOHLSTAND AUCH MIT WENIGER KONSUM?



nären, die deutlich weniger auf die Herstellung materieller Güter ausgerichtet ist. Die Politik stünde beim Versuch, einen derartigen Übergang erfolgreich hinzubekommen, unter beträchtlichem Druck – und einige ihrer Aufgaben wären sehr ungewöhnlich.

Beschließt man, den ökologischen Fußabdruck zu verkleinern und entsprechend weniger Güter herzustellen, dürfte dies mit einer geringeren Nachfrage nach Arbeitskräften und gleichzeitig einem geringeren Angebot an Arbeitskräften (bei größerer Nachfrage nach Freizeit) einhergehen. Diese Faktoren heben einander nicht automatisch auf, vermutlich wird die Politik an dieser Stelle einschreiten müssen. Selbst wenn der Arbeitsmarkt insgesamt ausgeglichen wäre, könnte es regional durchaus starke Diskrepanzen geben: Starker Arbeitslosigkeit im Bergbau oder in Industriegebieten stünde möglicherweise ein Mangel an Erwerbstätigen in angesagten Touristenregionen gegenüber. Diese Missverhältnisse lassen sich in den Griff kriegen, aber die Politik wird dafür aktiv werden müssen.

Ich habe noch nicht darüber nachgedacht, wie eine Gesellschaft dann mit den großen Mengen stillgelegter Fabriken umgehen sollte, die aller Voraussicht nach auch nicht wieder in Betrieb genommen würden. Das würde zur Herausforderung – wobei einige der Gerätschaften eventuell an ärmere Länder verkauft oder verschenkt werden könnten.

Ein kniffligeres Problem der Übergangsphase ist finanzieller Natur: Wie geht man mit den großen Mengen an privaten Schulden von Bürgern und Firmen um, die nicht länger tragfähig sind? Voraussichtlich haben Schuldner und Gläubiger in Erwartung rentabler Industrieprojekte einen Haufen Darlehensvereinbarungen getroffen und Anleihen auf den Weg gebracht. Aber die Entwicklung hin zu einer weniger warenorientierten Wirtschaft macht solche Erwartungen zunichte. Das könnte eine große Zahl an Firmenpleiten und Konkursen nach sich ziehen.

Großflächige Störungen wären also unvermeidbar, es sei denn, man schriebe rechtlich vor, wie mit derlei Schulden umzugehen sei – welcher Anteil also von wem zu begleichen oder aufzugeben wäre. Dieses System wäre im Wesentlichen willkürlich, doch man könnte es zumindest als einen Versuch angehen, die Lasten gerecht zu verteilen. Im Idealfall lässt sich eine breite Zustimmung für eine allgemeine Formel erzielen. Aber das ist nicht gewiss. Vermeiden ließe sich diese Schwierigkeit vielleicht, indem man die Kehrwende zum Weniger frühzeitig »ankündigt«, dann bauen sich erst gar keine falschen Hoffnungen auf.

Ein weiteres Problem ergäbe sich beim Umgang mit dem angesammelten Vermögen. Teile davon dienen der privaten Altersvorsorge. Aber wenn die Gesellschaft weniger konsumieren will, müssen auch solche – für den künftigen Konsum vorgesehenen – Vermögen im selben Maße schrumpfen. Das ist nur logisch.

Ein großer Vermögensteil ist indes gar nicht für eine bestimmte Nutzung in der Zukunft vorgesehen, etwa bei sehr reichen Bürgern. In unserer Zeit exzessiver und zunehmender Ungleichheit werden Vermögen oft angehäuft, bloß um Macht und Einfluss auszudehnen. Und dieser Einfluss könnte wachsen, wie ein einfaches Beispiel zeigt: In einem Land mit einem durchschnittlichen Haushaltseinkommen von 50.000 Euro vermag ein Vermögen von einer Milliarde Euro 20.000 durchschnittliche Jahreseinkommen zu »kaufen«. In der geschrumpften Wirtschaft liegt das Haushaltseinkommen vielleicht nur noch bei 40.000 Euro – begleitet von höherer Zufriedenheit dank nicht vermarktbarer Aktivitäten. Dieselbe Milliarde Euro kann jetzt aber 25.000 Jahreseinkommen »kaufen«. Die »Wende zu Weniger« vergrößert also die Reichweite des Wohlstands – das ist als Warnung zu verstehen!

Dass ich hier Probleme aufzähle, die beim Übergang (und wohlgemerkt nur beim Übergang!) hin zu einer Wirtschaft des »Weniger ist mehr« einhergehen könnten, soll der grundsätzlichen Idee nichts von ihrem Reiz nehmen. Es ist vielmehr als Mahnung gedacht, dass die Entschlossenheit, unseren ökologischen Fußabdruck zu verkleinern, mit demselben Maß an Entschlossenheit einhergehen muss, politische Schritte zu planen und zu improvisieren, die uns auf gerechte und wirksame Weise von hier nach da bringen.

Freiheit für Konsumenten

von Clemens Fuest

Es gehört zu Wirtschaftskrisen, dass über fallende Produktion und Beschäftigung geklagt und gefordert wird, die Wirtschaft möge schnell wieder wachsen. Aber ist es wirklich so schlimm, wenn das Wachstum aufhört? Der wirtschaftliche Einbruch während des Shutdowns hat zwar viele Menschen unter Stress gesetzt. Für andere war die Unterbrechung aber eine willkommene Atempause. Auch sank die Belastung der Umwelt durch Abgase und Lärm spürbar.

Könnte weniger oder kein Wachstum also ein Modell sein für die Zukunft?

Wachstumskritiker argumentieren schon seit Langem, natürliche Ressourcen seien endlich und eine expandierende Wirtschaft nicht ohne Umweltzerstörung zu haben. Außerdem wäre das Leben gesünder und harmonischer, wären wir weniger darauf fixiert, immerzu zu leisten, zu produzieren, zu konsumieren.

Aus ökonomischer Sicht ist die Steigerung des Brutto sozialprodukts kein Selbstzweck. Die Wirtschaftsleistung wächst, wenn mehr investiert oder gearbeitet wird. Mehr zu investieren heißt aber gleichzeitig, momentan auf Konsum zu verzichten. Mehr zu arbeiten bedeutet, Freizeit zu beschneiden. Es wäre also – von dieser Warte aus gesehen – ineffizient, Menschen dazu zu bewegen, mehr zu investieren oder länger zu arbeiten, als sie wollen. Ist ein Winter besonders kalt und wird mehr Heizöl verbrannt, steigt das Brutto sozialprodukt – das heißt aber nicht, dass damit der Wohlstand steigt. Wenn durch Ressourcenverbrauch Kosten entstehen, die den Verursachern nicht zugerechnet werden, beispielsweise Luftverschmutzung oder die Erwärmung des Klimas, dann ist die Wirtschaftsleistung sogar ineffizient hoch.

Allerdings beruht dauerhaftes Wachstum nicht darauf, dass Menschen immer mehr arbeiten oder Kapital akkumulieren. Tatsächlich sinkt die Arbeitszeit mit steigendem Wohlstand. Reife Industriestaaten investieren einen kleineren Anteil ihres Einkommens als Schwellenländer. Wachstum hängt auch nicht davon ab, dass natürliche Ressourcen zunehmend ausgebeutet oder die Umwelt noch mehr belastet wird. Wenn Länder sich wirtschaftlich entwickeln, steigt die Umweltbelastung üblicherweise zunächst, sie sinkt aber wieder, wenn ein gewisses Wohlstandsniveau überschritten ist. Dauerhaftes Wirtschaftswachstum entsteht vor allem, indem neues Wissen geschaffen und genutzt wird. Technischer Fortschritt, Ausbildung und perfektionierte Formen der Organisation des Wirtschaftens ermöglichen es, Ressourcen effizienter einzusetzen. Klimaschutz durch CO₂-neutrale Wirtschaft wird erst durch Innovationen möglich.

Was geschähe, wenn nach Corona viele Menschen beschlössen, weniger zu konsumieren und zu arbeiten, sodass trotz technischen Fortschritts das Wachstum aufhörte? Im Prinzip ist ein marktwirtschaftliches System in der Lage, sich an derlei Änderungen individueller Wünsche schnell anzupassen. Folgen ergäben sich allerdings nicht nur für jene, die freiwillig weniger arbeiteten: Da in einem solchen Fall mit sinkenden Erwerbseinkommen weniger Steuern und Sozialabgaben anfallen, hat der Staat auch weniger zu verteilen. Die Empfänger staatlicher Leistungen müssen den Gürtel also enger schnallen – und das nicht freiwillig. Weniger Wachstum bedeutet auch: schlechtere medizinische Versorgung, weniger öffentliche Leistungen, Ausdünnung der Infrastruktur, weniger geförderte Kultur, Wissenschaft und Bildung.

Ist zu erwarten, dass es dazu kommt? In Krisen wird viel darüber geredet, dass künftig alles anders sein könnte. Tatsächlich aber kehren die meisten rasch zu ihren alten Gewohnheiten zurück. Dass einige unter uns mehr arbeiten und konsumieren, als es anderen sinnvoll erscheint, gehört zu einer freien Gesellschaft. Wirtschaftswachstum ist letztlich das Ergebnis individueller Entscheidungen von Menschen mit unterschiedlichen Wünschen und Bedürfnissen. Das ist auch gut so.

Der Staat greift durch

von Mariana Mazzucato

DIE ZEIT: Frau Mazzucato, wie würden Sie den Kapitalismus verändern, um ihm den Wachstumsdruck zu nehmen?

Mariana Mazzucato: Ich halte das für die falsche Frage. Das Problem ist nicht die Wachstumsrate, sondern was das bessere Maß für Wachstum, die bessere Richtung für Mensch und Planeten ist.

ZEIT: Das System ist also gar nicht kaputt?

Mazzucato: Es ist extrem fehlerhaft aufgrund der Entscheidungen, die wir treffen, und der Strukturen, die wir schaffen. Die richtige Frage ist: Was brauchen wir, um genau die Wirtschaft und damit auch genau jenes Wachstum zu bekommen, das wir wollen? Das ist aber etwas ganz anderes, als das Wachstum abzuschaffen. Solche Forderungen kommen von Leuten, die sich nicht um Jobs und Ungleichheit kümmern.

ZEIT: Die meisten, die heute über Wachstum reden, meinen: mehr Bruttoinlandsprodukt ...

Mazzucato: Das steigt, wenn wir durch Produktion die Umwelt verschmutzen, und sinkt, wenn Sie Ihre Babysitter heiraten, weil die dann zwar weiter arbeitet, aber keinen messbaren Lohn mehr dafür bekommt. Schlimm. Wir wissen einfach nicht, wie wir das Sich-Kümmern um andere oder um öffentliche Güter wie Parks und Natur bewerten sollen. So wie wir heute Wachstum messen, erfassen wir einige der essenziellen Teile unserer Wirtschaft nicht oder nur unzureichend. Nehmen wir nur die Arbeitnehmer, die uns während der Corona-Krise als besonders wichtig erschienen.

ZEIT: Pflegekräfte zum Beispiel.

Mazzucato: Ja. Wenn die unterbezahlt sind und in zerfallenden Institutionen arbeiten, dann deshalb, weil wir ihre Tätigkeit nicht richtig wertgeschätzt haben. Wenn diese Dienste besser bezahlt würden und die Institutionen aufblühten, würden wir wahrscheinlich finden: gut so! Anders hielten wir es etwa bei Finanzdienstleistern. Der Großteil ist nicht dazu da, um die Wirtschaft voranzubringen, sondern um dem Finanzsektor selbst zu nutzen. Das sollte nicht Teil unserer Wachstumsbemessung sein. Wir brauchen also andere Ziele und dafür andere Arten der Produktion, des Konsums, der Verteilung.

Die Ökonomen



Tim Jackson ist ein britischer Professor für Nachhaltige Entwicklung an der Universität von Surrey



Dennis Meadows rüttelte die Welt 1972 mit der Studie über die »Grenzen des Wachstums« auf



Robert Solow erhielt 1987 den Nobelpreis für seine Forschung über das Wachstum



Clemens Fuest ist seit 2016 Präsident des Münchner ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung



Die italoamerikanische Ökonomin Mariana Mazzucato forscht am University College London



Der New Yorker Professor Jeffrey Sachs hat unzählige Länder sowie die Vereinten Nationen beraten



Die deutsche Ökonomin Claudia Kemfert ist eine führende Energieexpertin in der Bundesrepublik

ZEIT: Noch genauer: Welche Art von Wachstum wollen Sie?

Mazzucato: Es muss nachhaltig sein, grün und inklusiv. Und dafür muss der Staat durchgreifen. Schauen Sie mal auf die Impfstoffentwicklung, die der Staat mitfinanziert. Ändert er das Patentsystem nicht, gewinnen am Ende nur die Privatfirmen. Das ist oft so. Der Staat finanziert Innovationen, die sich seine Bürger dann nicht leisten können, weil der öffentliche Beitrag nicht entlohnt wird.

ZEIT: Die Umweltverschmutzung wächst. Warum sollen wir glauben, dass der Planet auf Ihre Art zu retten ist?

Mazzucato: Die Investitionen müssen in eine andere Richtung gehen. Weg von fossiler Energie hin zu grüner Energie. Dafür müssen wir den Gebrauch von Material höher besteuern im Vergleich zu Arbeit. Wir haben immer noch das falsche Steuersystem. Das ist ein Teil des politischen Versagens.

ZEIT: Was sich nicht so einfach ändert. Wäre nicht doch die Wende zum Weniger der bessere Weg?

Mazzucato: Obwohl das politische System versagt hat, will doch niemand die Politik aufgeben. Aber Sie sagen, weil das Wirtschaftssystem versagt, geben wir jede Art von Wachstum auf.

ZEIT: Wachstumsgegner halten einen Teil unseres Konsums für unnötig ...

Mazzucato: ...haben Sie eine Ahnung, wie viele Menschen in London kein Essen auf den Tisch kriegen? Wie viele Kinder hungern, weil ihre Eltern die Arbeit verloren haben? Da reicht es nicht, auf den Neoliberalismus zu schimpfen. Da muss man sich die Hände schmutzig machen und realen Wandel für ein anderes Wachstum schaffen. Das ist übrigens deutlich einfacher, als die Wirtschaft spürbar zu schrumpfen.

ZEIT: Unterm Strich: Welche drei konkreten Maßnahmen müssen wir ergreifen?

Mazzucato: *Erstens* müssen wir die Unternehmen dazu bringen, für alle betroffenen Akteure da zu sein und so zu handeln, dass es Mensch und Umwelt hilft – und zwar entlang der gesamten Produktionskette, sonst erhalten sie keinen Cent vom Staat mehr: keine Subvention, kein Rettungsgeld, keine Kreditgarantien. *Zweitens* müssen die Regierungen als Mitgestalter der Wirtschaft deutlich ambitionierter werden und sich neue Ziele setzen. So wie in Schweden, wo die Idee eines CO₂-freien Wohlfahrtsstaates existiert. Buchstabieren Sie aus, was das heißt – und setzen Sie es um! *Drittens* muss die Mission der Veränderung in der Gesellschaft verankert sein. Historisch kommt der Systemwandel von Bewegungen, die für Veränderung kämpfen. Also sollten wir Greta und Co. nicht den Kopf tätscheln, sondern ihnen zuhören und mit ihnen arbeiten.

Engagierte Bürger, bitte!

von Jeffrey Sachs

Die erste und wichtigste Frage lautet: Welche Zukunft sollten wir uns wünschen? Und als Antwort schlage ich vor: eine Zukunft, die sozial gerecht ist – die also universelle Rechte auf Gesundheit, Bildung, sozialen Schutz, anständige Arbeit und angemessene Freizeit für alle Menschen gewährleistet und nachhaltig mit der Umwelt umgeht. Eine derartige Zukunft zu erschaffen setzt viel Wachstum in bestimmten Bereichen voraus, beispielsweise bei erneuerbaren Energien, Elektromobilität und mehr pflanzlichen Proteinen in unserer Ernährung. Dafür viel weniger Wachstum etwa im Bereich fossile Brennstoffe, Fleischkonsum und Verpackung.

Milliarden Menschen haben keinen angemessenen Zugang zu grundlegender Infrastruktur und Versorgung mit Strom, schnellem Internet, sauberem Wasser, sanitären Einrichtungen, Bildung und medizinischer Betreuung. Gerade da gehört zu einer wünschenswerten Zukunft eine Menge mehr und nicht weniger. Der Energieverbrauch etwa wird in der Summe steigen, aber es müssen erneuerbare Energien sein. All das erfordert gewaltige öffentliche und private Investitionen.

Kurzum: Unsere Kennwörter sollten »Wohlstand«, »Fortschritt« und »Wandel« anstelle von »Bruttoinlandsprodukt«, »Wachstum« und »Expansion« sein. Wir benötigen einen Strukturwandel und neue Technologien, keine Stagnation und kein Postwachstum.

Wie aber muss ein Wirtschaftssystem dann beschaffen sein?

Erstens gehört dazu neben staatlichem und privatem Besitz ein dritter Sektor: die engagierten Bürger. *Zweitens* ein Kapitalismus, bei dem die Unternehmen in Gesetz und Praxis ihrer Verantwortung und ihren Verpflichtungen gegenüber allen Betroffenen nachkommen. *Drittens* ein erheblicher Einkommenstransfer, damit alle ihre Grundbedürfnisse erfüllen können.

Dieses System muss subsidiär wirken: Einige Aspekte des Wirtschaftslebens werden auf globaler Ebene geregelt (etwa durch das Pariser Klimaabkommen), viele werden auf großregionaler Ebene geregelt (etwa der europäischen Green Deal) und der Rest auf Ebene der Nationen, Bundesländer und Kommunen.

Auch die Verteilung staatlicher Mittel muss man neu organisieren. Deutlich mehr Geld muss auf globaler und regionaler Ebene ausgegeben werden. 75 Jahre nach der Gründung der Vereinten Nationen müssen wir unsere globalen Institutionen finanziell aufrüsten, anstatt sie auszuhungern, wie das die US-Regierung

derzeit offenbar beabsichtigt. Wir müssen internationale Steueroasen abschaffen und die Digitalwirtschaft besteuern, um über öffentliche Mittel die gewünschte Welt zu realisieren. Es ist weder rechtens noch vertretbar, dass ein Jeffrey Bezos von Amazon heute ein Nettovermögen von 161 Milliarden Dollar besitzt.

Auf globaler Ebene kommt die Europäische Union dieser Vision derzeit am nächsten, auch wenn sie alle offenkundigen Probleme aufweist, die mit supranationaler Führung, Finanzierung und Sicherheitspolitik einhergehen. Europa hat nun die Chance, durch seine Diplomatie und vor allem durch seine Zusammenarbeit mit China, Afrika und anderen Regionen auf jene Zukunft hinzuwirken, die wir erreichen wollen.

Die USA sind aktuell weit vom Kurs ab. Die Denkweise des Landes – und weiter Teile der amerikanischen Öffentlichkeit – ist gefangen in der Illusion einer globalen Hegemonie, die auf einem hochgradig ungleichen und unnachhaltigen Wirtschaftsmodell beruht. Die Menschheit steht vor der geopolitischen Herausforderung, sich auf eine multipolare Welt umzustellen, bei der es um Zusammenarbeit geht anstatt um kalte Kriege, schädliche Konkurrenzkämpfe und den Glauben, dass, wer Macht besitzt, sich alles erlauben könne.

Bloß kein Weiter-so

von Claudia Kemfert

Hammer und Tanz« heißt die Methode, der Covid-19-Pandemie zu trotzen, zu der sich auch Deutschland entschlossen hat. Hammer als konsequenter Lockdown, um die Infektionszahlen rasch senken. Tanz als langsame Öffnung des Gesellschaftslebens und als schwungvoller Walzerschritt für die Wirtschaft. Dies könnte auch zum Motto einer fundamentalen Transformation der westlichen Wirtschaft werden.

Bis vor Kurzem dominierten in der Wirtschaft und ihren Wissenschaften die Weiter-so-Traditionalisten mit ihrem Glauben an die unsichtbare Hand des Marktes. Doch so, wie sich in der Pandemie das Vertrauen auf wundersame Selbstheilungskräfte als fahrlässig erwies, zeigt sich in der Wirtschaft: Der Glaube an die fossile Industrie zerstört unsere Lebensgrundlage.

Ein Weiter-so ist unvorstellbar. Die Wunden des alten Wirtschaftssystems sind nicht mehr zu leugnen: Es ist sozial ungerecht, es schadet dem Planeten. Doch der Stillstand wie unter Corona ist auch keine lebenswerte Zukunftsvision, auch wenn einige ihn dazu erklären wollten. Videokonferenzen statt Businessflüge, gemütliches Radfahren statt kilometerlanger Autostaus, Gartenarbeit statt Einkaufsbummel – das alles mag schön sein. Doch die Kehrseite hieß für viele: depressive Isolation. In einer Welt ohne Theater, Konzerte, Feste mag niemand leben. Wir wollen tanzen und können es auch. Nur müssen wir den zerstörerischen fossilen Pogo beenden und endlich einen ökologischen Tango im Einklang mit der Natur beginnen.

Das heutige Wirtschaftssystem gilt es, so umzugestalten, dass wir immun werden gegen die Viren der Gier und der Verschwendung und die durch sie verursachten Krankheiten. Das Problem ist dabei das Primat der (fossilen) Wirtschaft, welche sich von jeglichen Idealen des Humanismus entfernt hat. Auf Kosten sozial Schwächerer, der Umwelt und des Klimas stellt es den übermäßigen Gewinn von heute zukünftigen Generationen in Rechnung.

Der Lockdown der fossilen Welt ist daher geboten. Er muss nicht mit dem großen Hammer erfolgen, aber wir brauchen systematisch kleinere Schläge in den nächsten zehn Jahren: den sofortigen Abschied von der riskanten Atomenergie, ein schnelles Ende von Fracking und jeglicher Öl- und Gasförderung, den konsequenten Kohleausstieg. Es braucht eine Ökonomie, die unsere planetaren Grenzen einhält und das Wachstum der Menschen – nicht das des Geldes! – und deren Gesundheit in den Fokus rückt.

Drei Strategien sind dabei miteinander zu verflechten: Effizienz, also mit möglichst wenig Ressourcenverbrauch ans Ziel zu kommen; Genügsamkeit, also Konsumbewusstsein, das seine Folgen einbezieht; Kreislaufwirtschaft, wie sie die Natur uns so wunderbar vormacht: eine Welt ohne Abfälle, in der alles wiederverwertet wird.

Es geht um eine Ökonomie, die Unternehmen nicht im Wettbewerb um größtmöglichen Gewinn gegeneinander antreten lässt, sondern die dafür sorgt, dass sie kooperieren – mit dem Ziel größtmöglichen Gemeinwohls. Dann würden vor der *Tageschau* nicht mehr die Börsenkurse präsentiert, sondern die Sauberkeit der Luft, der Anteil erneuerbarer Energien, der Ressourcenverbrauch.

Ein Wirtschaftswachstum, das den Planeten nicht zerstört, sondern ihn belebt, ist denkbar. Vom Shareholder-Value-Denken wenden sich einige Konzerne schon zaghaft ab. Sie versuchen, neuartige und nachhaltige Bilanzierungsverfahren zu etablieren. Nicht das Wirtschaftswachstum ist dann Maßstab für Wohlstand, sondern die Gesundheit von Mensch und Umwelt. Genau wie wir gerade alles Tun unter das Prüflicht epidemiologischer Erkenntnisse stellen, würden wir in dieser Zukunft jegliches Wirtschaften durch die Brille der Nachhaltigkeit beurteilen.

Aus dem Englischen von Matthias Schulz

Fotos (v. o.): S. Schwarz; Volkswagen-Stiftung; A. Ferguson; R. Aehinger; B. Quinton; dpa (2)